

Protokoll der Sitzung des Kantonsrats vom 5. Juli 2007

Vorsitz:

Kantonsratspräsident Enderli Franz

Teilnehmende:

53 Mitglieder des Kantonsrats;

Entschuldigt abwesend die Kantonsratsmitglieder Walther Bernhard, Alpnach, und Hurschler Alois, Engelberg.

5 Mitglieder des Regierungsrats.

Protokollführung und Sekretariat:

Wallimann Urs, Ratssekretär;

Stöckli Annelies, Sekretärin.

Dauer der Sitzung:

13.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Geschäftsliste

I. Gesetzgebung

1. Nachtrag zum Steuergesetz (Einkommens- und Vermögenssteuertarif), zweite Lesung (22.07.05).

Eröffnung

Ratspräsident Enderli Franz: Sie sind heute zu einer ausserordentlichen Kantonsratssitzung eingeladen. Erst vor Kurzem haben wir hier noch getagt.

Da es noch nicht lange her ist, seit wir hier zusammen waren, benutze ich gerne die Gelegenheit, zurückzuschauen auf den letzten Freitag, auf die Eröffnungssitzung und auf die Wahlfeier.

Die kleine Feier – mit der Glocke des Rathauses, mit der Musik, mit den Ansprachen, mit dem Segen und mit dem Gebet – zur Einweihung des Rathauses war eindrücklich. Heute erleben wir gewissermassen den zweiten Teil: Wir werden durch das Haus geführt und können in Dankbarkeit bewundern, was wir letzten Freitag eingeweiht haben.

Am Samstag, 8. September 2007 ist der Tag des Denkmals. Dann wird das Rathaus für die Öffentlichkeit geöffnet und alle Leute sind herzlich eingeladen,

das neu renovierte Rathaus zu besuchen.

Die Wahlfeier in Kerns war für mich ein eindrücklicher, fröhlicher und kultivierter Anlass. Die Feier hat mir gefallen. Hier möchte ich Ihnen, allen fünf Fraktionen, meinen herzlichsten Dank für das grosszügige Geschenk aussprechen, das Sie zugunsten der Stiftung Juvenat im Flüeli gemacht haben.

Noch ein Wort zu dieser Stiftung: Es war früher eine Sekundarschule, und so geistert es immer noch in den Köpfen. Das Juvenat ist jedoch seit bald zehn Jahren eine Institution der stationären Jugendhilfe. Es ist ein systemisches Schul- und Therapieheim. Zur Zeit sind dort 22 Jugendliche aus der ganzen Deutschschweiz, die von ungefähr gleich vielen Personen – Lehrpersonen, Sozialpädagogen, Therapeuten, Bezugsfamilien – während 365 Tagen im Jahr betreut und begleitet werden. Das Ziel dieser Institution ist, Jugendlichen mit ganz schwierigem Hintergrund – mit ganz, ganz schwierigem Hintergrund, das kann ich sagen – und mit Verhaltensauffälligkeiten einen Schulabschluss zu ermöglichen und sie auf die Bahn zu bringen, damit sie eine Berufslehre machen können. Wenn es uns gelingt, einen – nur einen – dieser Jugendlichen auf eine gute Bahn zu bringen, dass er sein Leben meistern kann, dann haben wir sehr viel gewonnen. Dafür engagiere ich mich in dieser Stiftung. Sie haben durch Ihre grosszügige, wirklich grosszügige Spende einen Beitrag geleistet und ich möchte Ihnen herzlich Danke sagen. Ich gebe die Spende gerne an diese Institution weiter.

Der Traktandenliste wird nicht opponiert.

Gesetzgebung

22.07.05

Nachtrag zum Steuergesetz (Einkommens- und Vermögenssteuertarif), zweite Lesung.

Ergebnis der ersten Lesung des Kantonsrats vom 29. Juni 2007.

Eintretensberatung

Omlin Lucia, Kommissionspräsidentin: Ich kann Ihnen mitteilen, dass seit der ersten Lesung zum Nachtrag zum Steuergesetz keine Kommissionssitzung mehr stattgefunden hat und meines Erachtens hat sich auch nichts mehr ereignet. Ich weise nochmals darauf hin, dass die vorberatende Kommission einstimmig Eintreten zum Nachtrag zum Steuergesetz beschlossen und ihn einstimmig gutgeheissen hat.

Dr. Steudler Guido: Eine Familie, zwei Erwachsene und zwei Kinder, mit einem steuerbaren Einkommen von 20'000 Franken bezahlt in Sarnen 1'250 Franken Steuern. Wenn das gleichzeitig das anrechenbare Einkommen der Prämienverbilligung ist, zahlt sie noch 1'450 Franken an die Eigenleistung der Krankenkassenprämien.

Mit diesen zwei Beträgen ist diese Familie bereits unter dem Minimum der SKOS-Richtlinien. Man hört das nicht gern, aber das ist die Steuerhölle Obwalden.

Es ist seit 2001 nicht gelungen, zuerst über die Kommission, ab 2004 mit Motion und Postulat, dies zu ändern. Wir wollen es auch für 2008 nur über Steuerfreibeträge ändern. Es wäre klar gewesen, dass die 1'450 Franken Belastung auf diesem Niveau mit einfachen Mitteln gesetzgeberisch hätte beseitigt werden können. Wir setzen nun auf den Doppeleffekt durch Steuerfreibeträge und IPV für das Jahr 2008. Das wird aber nur stattfinden können, wenn Sie die Beiträge an die IPV relativ hochhalten, oder diese auf dem gleichen Niveau fortführen wie 2006. Andernfalls bezahlen Sie die Steuererleichterung einfach mit Hilfe der IPV-Gelder.

Michel Ernst: Die FDP-Fraktion ist selbstverständlich für Eintreten auf die zweite Lesung. In der Sache ergeben sich für uns keine neuen Aspekte. Unsere Anliegen deponierten wir in der ersten Lesung.

Trotzdem eine Bemerkung: Wir haben das Interview mit Bundesrat Hans-Rudolf Merz in der Obwaldner Zeitung dieser Woche positiv entgegengenommen. Einmal mehr unterstützt der Bundesrat Hans-Rudolf Merz unsere Steuerstrategie. Er nutzt jede Gelegenheit, um uns zu unterstützen. Warum macht er das? Er ist ja sonst als eher zurückhaltender Politiker, der sich nicht zu jedem Thema äussert, bekannt. Ich denke, er will uns Kantonen signalisieren, wie wichtig es ihm ist, dass sich die Kantone dem internationalen Steuerwettbewerb stellen. Ich denke, die unterstützenden Äusserungen von Bundesrat Merz sind für uns alle wichtig, und sie tun uns gut. Sie zeigen uns auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Vielleicht bietet sich dem Finanzdirektor an einer Finanzdirektorenkonferenz eine Gelegenheit, Bundesrat Merz dafür zu danken. Ich denke, er darf das auch im Namen eines Grossteils des Obwaldner Kantonsrats machen.

Die FDP-Fraktion beantragt Eintreten und Genehmigung des Nachtrags zum Steuergesetz.

Spichtig Peter: Wenn ich auf die vielzitierte Abstimmung vom 11. Dezember 2005 zurückschaue, wurde ja dazumal durch das Komitee mit dem Leitsatz "Ja zu tieferen Steuern für alle" und somit auch für die Zustimmung zur Steuergesetzesvorlage 2005 geworben.

Wir wissen alle, dass diese Versprechen, die positive Botschaft, sehr viele Obwaldnerinnen und Obwaldner motivierte, ein Ja in die Urne zu legen. Für kleine Einkommen ergab sich dazumal eine Reduktion bis maximal ein paar hundert Franken.

Mit der Vorlage 2007, über die wir heute beraten, ändert sich für 90 Prozent der Steuerzahler gar nichts. Von den Steuererleichterungen und Steuermindererträgen von rund 8 Millionen Franken spüren in diesem Jahr lediglich die oberen 10 Prozent der Einkommen etwas. Politisch ist das eigentlich unerträglich, wenn man bedenkt, dass Obwalden im Kantonsvergleich bei tieferen Einkommen schlecht dasteht. Der Kollege Steudler Guido hat es angesprochen, das vielzitierte Wort Steuerhölle müsse man jetzt vor allem in den unteren Bereichen zitieren, wenn man es noch zitieren will. Die Obwaldner Steuerpolitik kann für die Mehrheit der Obwaldnerinnen und Obwaldner mittelfristig nur glaubwürdig bleiben, wenn konkrete Massnahmen das jetzt bestehende Ungleichgewicht substanziell vermindern. Fazit: Oben wurde jetzt wirklich genug entlastet. Es ist für mich mindestens jetzt – das muss ich auch sagen – ein erstes Signal, wenn unser Finanzdirektor Hans Wallimann bei der ersten Lesung auf meine Anfrage die Aussage machte, dass für die steuerbaren Einkommen über 70'000 Franken bei der Steuergesetzesrevision nicht noch weitergehende Entlastungen vorgesehen sind. Ich denke, darauf lässt sich im Hinblick auf die Steuergesetzesrevision aufbauen.

Es ist unerlässlich, dass bei der ordentlichen Gesetzesrevision im Herbst – also bei den Beratungen zum Steuergesetz 2008 – alle wichtigen Faktoren vertieft angeschaut und entsprechend beraten werden. Dazu gehören unter anderem die Verknüpfung mit den IPV-Vergünstigungen und der Einfluss der Steuerfreibeträge. In der Botschaft des Regierungsrats braucht es im Sinne einer guten Beratungsgrundlage, einer offenen und transparenten Darstellung der Zielsetzungen konkrete, geplante Schritte. Es braucht Transparenz bezüglich der Grundlagen, und es braucht Modellrechnungen, die verständlich sind und die Auswirkungen verschiedener Varianten auf die jeweiligen Einkommenskategorien aufzeigen.

Bundesrat Hans-Rudolf Merz wurde bereits zitiert. Er machte vor ein paar Tagen in der Neuen Luzerner Zeitung die Aussage, dass das, was Obwalden macht, richtig sei. Ob die 90 Prozent der Obwaldnerinnen und Obwaldner durch diese Aussage des obersten Finanzministers beruhigt und damit auch der gleichen Ansicht sind, darf aus der heutigen Situation bezweifelt werden. Wie gesagt, braucht es da schon mehr. Man hat Erwartungen geweckt. Die überwiegende Mehrheit der Obwaldnerinnen und Obwaldner mit unteren und mittleren Einkommen erwartet nun auch konkrete und spürbare Tatbeweise vom Regierungsrat und vom

Parlament.

Wie bereits in der ersten Lesung kommuniziert, anerkennen wir den kurzfristigen Handlungsbedarf, damit wieder gültige Einkommens- und Vermögenssteuertarife, also Bemessungsgrundlagen für das Jahr 2007 vorhanden sind. Das ist unbestritten. Die SP-Fraktion wird sich aber an der Schlussabstimmung aufgrund der vielen offenen Fragen und der damit verbundenen klaren Erwartungshaltung an die im Herbst bevorstehende Parlamentsdebatte zur Steuergesetzesrevision 2008 der Stimme enthalten.

von Wyl Beat: Ich erlaube mir, dass sich die SP-Fraktion heute ein zweites Mal meldet. Unsere Fraktion hat bei diesem Thema eine nicht ganz einfache Aufgabe, weil es für uns einen Aspekt gibt, der an der ersten Sitzung nicht gross erläutert wurde. Es ist kein neuer Aspekt, aber wir finden es wichtig, dass er in der heutigen Situation im richtigen Moment zur Diskussion gebracht wird. Es sind ein paar Überlegungen zur "Flat Rate Tax". Das schnelle Vorgehen mit scheinbar einfachen Lösungen löst auch eine Faszination aus. Für einmal mit grosser Leichtigkeit etwas zu erreichen, wozu es sonst viel mühsame Kleinarbeit braucht, klingt ja verlockend. Es ist aber auch trügerisch. Welches grosse Projekt, ob in der Politik, in der Wirtschaft oder auch im Sport, kann man so husch-husch umsetzen? Die vielfältigen Interessen, die in unserer Gesellschaft eine Realität sind, verlangen nach angepassten Lösungen. Diese können langfristig nur tragfähig sein, wenn sie sorgfältig bearbeitet und solid abgestützt sind. Das ist in Bezug auf die vorliegende Übergangslösung zeitlich nicht möglich.

Wir wollen aber heute entscheiden, damit wir wieder einen gültigen Stauertarif haben. Daher können wir zur vorgelegten "Flat Rate Tax" nur ein paar Trendaussagen machen.

1. Die SP-Fraktion begrüsst grundsätzlich jeden Vorschlag, der zu einer Vereinfachung des heute unsäglich komplizierten Steuersystems führt.
2. Bei jedem Ansatz muss man prüfen, wie man die gewünschten Steuerungen erreichen kann. Bei der "Flat Rate Tax" in Obwalden ist diese Diskussion noch ganz am Anfang.
3. Der vorgeschlagene Übergangstarif des Regierungsrats ist für Einkommen über 70'000 Franken langfristig vermutlich zu tief, um auch bei schwacher Konjunktur die notwendigen, beziehungsweise erwünschten Aufgaben des Staates finanzieren zu können.
4. Es ist sozialpolitisch sehr problematisch, wenn man mit dem heutigen zweiten Schritt der Steuersenkungen lediglich die höheren Einkommen erreichen kann. Wir werden diese Punkte in der ordentlichen Revision im Herbst vertiefter verfolgen.

Omlin Lucia, Kommissionspräsidentin: Ich nehme das Privileg, das die Kommissionspräsidentin hat, nicht gerne in Anspruch, ein zweites Mal zu reden. Aber eine Äusserung des Vorredners bewegt mich dazu, zu dieser ausserordentlichen Massnahme zu schreiten.

Ich wehre mich dagegen, wenn man sagt, die Steuerverwaltung, beziehungsweise das Finanzdepartement habe bei der Ausarbeitung der Vorlage nicht sorgfältig gearbeitet. Das kann ich nur dementieren und ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

von Rotz Christoph: "Tiefe Steuern für alle", das ist die Idee, und es ist auch der Grundsatz, den die SVP-Fraktion verfolgt. Ich kann hier nur noch einmal wiederholen, dass die SVP-Fraktion klar für das weitere Vorgehen der Steuerstrategie einsteht.

Auch ich möchte schnell zu Bundesrat Merz etwas sagen. Auch ich habe mit Spannung das Interview gelesen und habe feststellen dürfen, dass er unterstrichen hat, dass der Steuerwettbewerb in der Schweiz unter kantonaler Hoheit etwas Wichtiges ist. Er verurteilt den degressiven Tarif nicht.

Nun noch etwas zur SP-Fraktion. Die erwünschten Aufgaben des Staates müssen finanziert werden können. Das ist genau eines der Hauptprobleme, die wir haben: Was sind denn erwünschte Aufgaben? Es ist mir klar, dass die SP-Fraktion viel mehr Ideen hat, was erwünschte Aufgaben des Staates sein sollten. Wenn ich auf das ausgewiesene Durchschnittseinkommen in Obwalden von 35'000 Franken komme, dann zeigt dies doch, wo eigentlich das Problem liegt im Kanton Obwalden. Bevor wir die Steuerstrategie hatten, mussten wir Abgänge verzeichnen, und zwar 140 an der Zahl. Diese zogen damals auch unter dem Aspekt – wenn wir das mit dem besseren Wort des Finanzdirektors sagen wollen – des himmlischen Titels, der "Steuerhölle in Obwalden" aus dem Kanton weg. Das heisst, uns fehlte Steuersubstrat. Daher machten wir die Steuerstrategie. Auch ich möchte ein höheres durchschnittliches steuerbares Einkommen in Obwalden. Das erreichen wir nun, dank dem, was der Regierungsrat unter Leitung des Finanzdirektors gemacht hat und auch mit der Absicht, als erster Kanton die "Flat Rate Tax" einzuführen. Ich bin stolz darauf, dass wir das machen. Ich finde das der richtigste Weg, der Obwalden in Zukunft überhaupt weiterbringen kann.

Zuerst muss nun die Steuerstrategie greifen. Das heisst, es braucht nach wie vor Ausgabendisziplin bei den Staatsausgaben – da möchte ich vor allen an die Linken appellieren – und zwar bei den erwünschten und notwendigen. Ich glaube, da muss man unterscheiden. Wenn die Steuerstrategie dann einmal greift, und wir die finanziellen Mittel haben, dann bin ich auch der Meinung – und dann vertrete ich dies auch –, dass die unteren Einkommen massiv entlastet werden.

Der Finanzdirektor sagte es in der Fernsehsendung "Arena", dass im Kanton Bern die Besteuerung erst bei 35'000 Franken beginnt. Bei uns ist dies das Durchschnittseinkommen. Ich wäre sehr froh, wenn wir in Obwalden auch dort ständen.

In diesem Sinne kann ich nur für Eintreten und für Zustimmung zur Vorlage plädieren.

Vogler Karl: Ich habe eigentlich nicht geplant, überhaupt zu reden. Ich glaubte, das Geschäft gehe als "Sterngeschäft" durch, und um 13.45 Uhr könnten wir wieder aus dem Kantonsratssaal. Das ist offenbar nicht so. Ich möchte jedoch nicht eine lange Rede halten. Ich möchte nur ganz kurz Folgendes festhalten:

Ich habe mit der Stimmenthaltung, welche die SP-Fraktion uns hier beliebt machen will, Mühe, denn damit verweigert man letztendlich dem Staat mindestens mittel- oder längerfristig die notwendigen Einnahmen. Klar kann man sagen, es sei nur eine Stimmenthaltung. Es ist aber indirekt eine Ablehnung von Artikel 38 Absatz 1 und Artikel 55 unseres Steuergesetzes. Ich meine doch, letztendlich ist es doch gerade die SP-Fraktion, die immer einen starken Staat postuliert, die einen starken Staat will, damit man gewisse notwendige Ausgleichsfunktionen in unserem Staat vornehmen kann. Da meine ich, müsste die SP-Fraktion noch einmal über die Bücher. Sie müsste noch einmal reflektieren und abschliessend, wenn sie das Gesamte anschaut, überlegen, dass sie dem Staat die notwendigen Einnahmen mindestens indirekt verweigern will und sich dann sagen: "Nein, da machen wir wirklich einen Fehler."

Im Namen der CSP-Fraktion beantrage ich Ihnen selbstverständlich Zustimmung zum Nachtrag zum Steuergesetz.

Wagner Thade: Die Schweiz hat einen Wohlstand, und dieser Wohlstand erlangt sie mit einer überdurchschnittlichen Arbeitsleistung, mit einem Einsatz, mit viel privatem Risikokapital. Mit diesem Kapital werden Arbeitsplätze geschaffen. In unserer Gesellschaft leben aber auch viele, die wenig oder nichts beitragen und auf Kosten derjenigen leben, welche den Löwenanteil an die Sozialwerke bezahlen. Im Jahr 2005 waren das 160 Milliarden Franken Einnahmen an die Sozialwerke und rund 125 Milliarden Franken, die sie an den Bund, an die Kantone und Gemeinden ablieferten. Viele derjenigen, die sich an diesen Leistungen bedienen, sehen sich als Opfer der kapitalistischen Gesellschaft und sind der Meinung, dass der Staat für das, was sie ihrer Meinung nach in ihrem Leben vernachlässigt und verpasst haben, aufkommen müsse und all diese Leute sollen gerecht besteuert werden. Wo ist denn da die Gerechtigkeit?

Mit der Umsetzung der Steuerstrategie in Obwalden

können alle profitieren. Seit der Teilrevision des Steuergesetzes wurde der Kanton konkurrenzfähig und attraktiver. Dieser Schritt war ohne Zweifel richtig und wichtig. Der Kanton Obwalden hat den Bundesgerichtsentscheid akzeptiert. Es gab viele Stellungnahmen und vorwiegend nur positive. In dieser Hinsicht hat mich unser Finanzdirektor Hans Wallimann überzeugt und der gesamte Regierungsrat. Ohne Polemik und ruhig nahm man den Entscheid, einerseits was Sache der Politik, und andererseits was Sache des Rechts ist, entgegen. Dabei stellte sich heraus, dass das Volk nicht immer Recht hat. Es hat sich dem zu beugen, was es selbst in einem demokratischen Entscheid in der Verfassung und im Gesetz angenommen hat. Ich denke jedoch, dass es jetzt wichtig und nötig ist, dass über die Rolle des Volks, über die politischen Instanzen und der Gerichte diskutiert werden kann.

Mit der vorliegenden Verordnung hat der Regierungsrat innert kürzester Frist bewiesen, dass man an der Steuerstrategie festhalten will und nur durch sie mit der Fortführung einer attraktiven und konkurrenzfähigen Steuerpolitik in Obwalden weiterarbeiten kann. Die übergangsrechtlichen Sofortmassnahmen und die vorgezogene Optimierung des Steuergesetzes auf 2008 betrachte ich als sehr sinnvoll.

Im Weiteren möchte ich wie mein Vorredner dem Punkt, den Bundesrat Merz in der Presse veröffentlicht hat, zustimmen. Das ist Fakt, was da vorgelegt wird. Man kann auch daraus entnehmen, dass die Linken generell Probleme mit Steuerreformen haben, immer dann nämlich, wenn die Leistungsfähigen in unserem Land motiviert werden sollen, noch mehr Leistungen zu erbringen.

Ich bin mit der besten Verdankung an die Kommission und an den Regierungsrat für Eintreten auf die Vorlage.

Eintreten ist unbestritten und damit beschlossen.

Detailberatung

von Wyl Beat: Ich möchte auf das Votum der Kommissionspräsidentin zurückkommen. Es ist der Eindruck entstanden, dass in meinem Votum offenbar durch Zweifel an der ordentlichen, kompetenten Arbeitsweise des Departements eine Unsicherheit entsteht. Wenn das so ist, so war das in keiner Art meine Meinung. Ich würde im Gegenteil sagen: Die Mitarbeiter des Departements sind die Einzigen, die sich professionell mit der Thematik befassen. Ich attestiere diesen Mitarbeitern ausdrücklich, dass sie ihre Arbeit mit grossem Einsatz und in kompetenter Art und Weise machen. Das Parlament hingegen ist in seinen Möglichkeiten beschränkt und kann nicht im Gleichschritt mithalten. Es ist daher notwendig, dass in der ordentli-

chen Beratung im Herbst das Parlament, die Parteien und die Bevölkerung genügend Zeit haben, um die Diskussion in der nötigen Breite zu führen.
Das sind Intensionen meiner Äusserungen.

Omlin Lucia, Kommissionspräsidentin: Ich verzichte auf eine Duplik, weil wir hier in der Detailberatung sind, und das nicht hierher gehört.

Rückkommen wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung: Mit 46 zu 0 Stimmen (6 Enthaltungen) wird dem Nachtrag zum Steuergesetz (Einkommens- und Vermögenssteuertarif) zugestimmt.

Schluss der Sitzung: 14.00 Uhr.

Im Anschluss an diese Kantonsratssitzung findet eine Führung durch das renovierte Rathaus statt.

Im Namen des Kantonsrats

Der Ratspräsident:

Enderli Franz

Der Ratssekretär:

Wallimann Urs

Das vorstehende Protokoll vom 5. Juli 2007 wurde von der Ratsleitung des Kantonsrats an seiner Sitzung vom 25. Oktober 2007 genehmigt.